

Soziale Marktwirtschaft ökologisch erneuern

Empfehlungen der CDU Brüssel-Belgien für das CDU/CSU-Regierungsprogramm 2021-2025

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung der CDU Brüssel-Belgien am 26. April 2021

Die Soziale Marktwirtschaft steht im globalen Wettbewerb mit anderen politischen und wirtschaftlichen Systemen und ist nach wie vor das in jeder Hinsicht erfolgreichste Modell. Die Soziale Marktwirtschaft hat im internationalen Vergleich zu sehr hohem Wohlstand für breiteste Schichten in Deutschland und Europa geführt. In der Sozialen Marktwirtschaft finden Gründer und Innovatoren beste Ausgangsbedingungen. Rechte von Arbeitnehmern sind weit ausgebaut und robust geschützt. Und die Soziale Marktwirtschaft bietet Verbrauchern die weitest mögliche Freiheit bei der Auswahl von wettbewerbsfähigen Produkten und Dienstleistungen.

Zugleich sind Risse in unserem Wirtschaftsmodell erkennbar. Das gilt zum einen für die soziale Dimension der Marktwirtschaft. Auch wird spürbar, dass die bisherige Art von Produktion und Konsum die Grundlagen von Freiheit und Wohlstand untergraben kann. Der Klimawandel, das rapide Verschwinden biologischer Vielfalt, die Vermüllung der Meere und der Verlust fruchtbarer Böden sind Warnzeichen, dass bisherige Schutzmaßnahmen verstärkt werden müssen. Wenn wir dem Klimawandel nicht entschiedener gegenüber treten, gefährdet er die Lebensgrundlagen von Milliarden von Menschen, in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt.

Wir müssen unser Handeln verstärken, um Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Klimapolitik nachhaltig abzustimmen und weiterzuentwickeln. Entscheidend ist dabei, nicht mehr nur als Partei der Sozialen Marktwirtschaft wahrgenommen zu werden, die sich hier und da einen grünen Anstrich gibt, sondern als die Partei, die die Schöpfung und Natur bewahren möchte. Als CDU müssen wir daher durch intelligente Anreizsysteme glänzen und die Nachhaltigkeit in die Marktwirtschaft integrieren. Ebenso gehört zu unserem Anspruch, die Transformation in eine nachhaltige Marktwirtschaft durch eine nachhaltige Finanzierung zu bewerkstelligen. Im Namen der Klimapolitik die Schuldenbremse zu lockern, gehört daher nicht zu unserem Programm.

Deutschland und Europa stehen mehr denn je im internationalen Wettbewerb. Den immer deutlicher zu Tage tretenden globalen Herausforderungen können wir nur mit einem starken Europa gerecht werden. Nur wenn die Europäische Union geeint auftritt, haben wir künftig noch eine Chance, gegen die internationale Konkurrenz in Wirtschafts- und Nachhaltigkeitsfragen zu bestehen.

Aus der Aussage, dass man mit dem Klima nicht verhandeln kann, ziehen einige den Schluss, Klimapolitik und der Weg zum Erreichen von Klimazielen seien ebenfalls nicht verhandelbar. Dies aber ist nicht nur ein Fehlschluss, sondern auch antidemokratisch. Auch die Klima- und Umweltpolitik steht nicht außerhalb unserer Demokratie und dem politischen Prinzip des Abwägens zwischen unterschiedlichen Zielen und widerstreitenden Interessen.

Freiwilliger oder erzwungener Verzicht auf dieses und jenes wird den Klimawandel allenfalls verlangsamen, aber nicht ausreichend begrenzen. Das gilt erst recht mit Blick auf die Milliarden Menschen auf unserem Planeten, die nichts sehnlicher wollen als den Anschluss an ein modernes Leben. Für die große Mehrheit der Weltbevölkerung, der Europäer und der Deutschen ist „Nullwachstum“ keine Alternative. Für sie ist die Steigerung der Wirtschaftsleistung nach wie vor der Hebel für höhere Einkommen, bessere Bildung und Gesundheitsversorgung und mehr materiellen Komfort. Das ist auch für Haushalte mit mittleren und höheren Einkommen relevant, die nicht erst seit der Covid-Krise zunehmende Unsicherheiten bei der langfristigen beruflichen und finanziellen Planung wahrnehmen. Das Ziel unserer Partei ist es daher, das Wachstum vermehrt in qualitatives Wachstum

zu überführen, das heißt, das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abzukoppeln. Wir wissen uns in dieser Hinsicht mit der Europäischen Kommission einig.

Es ist daher eine entscheidende Zukunftsfrage sowohl für Deutschland, die Europäische Union als auch weltweit, wie das Zusammenspiel von Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung, sozialer Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz nachhaltig organisiert werden kann. Wie können wir – in und nach der Pandemie - besser leben, Wachstum und Beschäftigung sichern und gleichzeitig die Umwelt und das Klima schützen?

Empfehlungen der CDU Brüssel:

- *Die ökologische Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ist Notwendigkeit und Lösungsansatz zugleich. Daher fordern wir, **Nachhaltigkeit ganzheitlich zu denken, wirtschaftlich, sozial und ökologisch.***
- *Wer Freiheit und Ökologie in Einklang bringen will, muss vor allem auf Innovation setzen und den Wettbewerb um die besten Lösungen fördern. Die CDU setzt daher vor allem auf **Forschung und Entwicklung, auf Wissenschaft und neue Technologien**, statt Verbote und Regulierungen.*
- *Die CDU bekennt sich zu den Prinzipien von **Wettbewerb und Marktwirtschaft**. Wir setzen die politischen Rahmenbedingungen so, dass marktorientiertes Verhalten umwelt- und klimafreundliche Lösungen hervorbringt. Damit das funktioniert, müssen die Preise die ökologische und ökonomische Wahrheit sagen. Daher fordern wir **die Einbeziehung ökologischer Kosten in die Preisbildung** und einen **Ausbau des Handelssystems mit Treibhausgas-Emissionsrechten** durch Ausweitung auf weitere Branchen wie den Verkehr.*
- *Viele dieser wichtigen Fragen werden in internationalen Organisationen und in der EU diskutiert und mitentschieden. Wer die Spitzenpositionen bekleidet und im Botschafterausschuss der EU sitzt bestimmt die Inhalte. Um bei deren Besetzung die entscheidende Rolle zu spielen und das Wirken Deutschlands in der Welt koordinieren zu können, fordern wir neben dem Kanzleramt, dass die CDU Schlüsselminister wie den nächsten Finanzminister, den Wirtschaftsminister und auch den **nächsten Außenminister** stellt.*
- *Ein **starker EU-Binnenmarkt** ist unverzichtbare Voraussetzung für wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Das europäische Versprechen der Freizügigkeit muss auch in Zukunft Bestand haben. Eine **ökologische Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft muss den gesamten europäischen Binnenmarkt einbeziehen** und kann nicht als rein deutsche Lösung erfolgreich sein.*
- *Neue Freihandelszonen wie das Asien-Pazifik-Freihandelsabkommen RCEP stellen Deutschland und die EU mit ihren Klimaschutzambitionen vor gewaltige Herausforderungen. Um ihnen gewachsen zu sein, müssen wir eng mit gleichgesinnten Ländern wie z.B. **den USA zusammenarbeiten.***
- ***Multilateralismus** ist die beste Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Die **WTO** muss wieder voll funktionsfähig werden, modernisiert werden und zeitgemäße Regeln für Wirtschaft, Technologie und Handel aushandeln. Sie kann auch zu Fragen der Nachhaltigkeit einen Beitrag leisten, so etwa durch Handelserleichterungen für umwelt- und klimafreundliche Waren und Dienstleistungen. Daneben müssen aber dringend auch die **multilateralen Strukturen im Sozial-, Umwelt- und Klimabereich gestärkt** werden.*
- *Die CDU bekennt sich zu **Freihandel** und **offenen Märkten**. Deutschland und die Europäische Union müssen Resilienz bilden, um das Funktionieren internationaler Lieferketten abzusichern, nicht um sich tendenziell von internationalen Märkten zu lösen. Hierzu bedarf es unvermindert der Aushandlung und Ratifizierung von bi- und multilateralen Handelsabkommen.*
- *Klimapolitik kann nur **global** erfolgreich sein. **Wenn Einsparungen in der EU kompensiert werden durch die Verlagerung von energieintensiven Industrien in andere Regionen der Welt, das sogenannte ‚carbon leakage‘, wird für das globale Klima nichts gewonnen.** Enge internationale*

Zusammenarbeit ist daher der Schlüssel für eine erfolgreiche Klimapolitik. Internationale Klimaabkommen sind weiter fortzuentwickeln und alle wichtigen Produktionsstandorte (USA, Asien, Afrika, ...) einzubinden. **Die EU sollte massiv auch in Klimaprojekte außerhalb der EU investieren, wie zum Beispiel die Wiederaufforstung.**

- Die Einführung eines unilateralen EU CO₂ Grenzausgleichsmechanismus **lehnen wir ab**. Ein solcher würde erheblichen Bedenken im Hinblick auf seine WTO-Kompatibilität und mögliche Retorsionsmaßnahmen wichtiger Handelspartner begegnen.
- Die Bekämpfung des Klimawandels wird nur Erfolg haben, wenn Europa und Deutschland auf multilaterale Lösungen drängen. Um andere Länder zum Mitmachen zu inspirieren, bedarf es wirksamer **Anreize**. Hierbei sollten die westlichen Industriestaaten eine **Führungsposition** einnehmen, beispielsweise durch **die Einsetzung einer permanenten Klimaarbeitsgruppe im Rahmen der G7**. Die CDU unterstützt die Ernennung eines **internationalen EU-Sonderbeauftragten für Klimapolitik, der dem EU Außenbeauftragten unterstellt ist**.
- Deutschland setzt auf eine **Energiewende mit dem Ziel der Klimaneutralität ab dem Jahre 2050**. Angesichts des gleichzeitigen Ausstiegs aus der Kohle und der Atomkraft fordern wir daher, **die Wasserstoffstrategie zügig umzusetzen, Erdwärme zu forcieren, Energiepartnerschaften mit Nachbarn einzugehen und von Europa als Energieunion zu profitieren**. Auch müssen **Batterie- und Speichertechnologien** konkret vorangetrieben werden. **Bei Windenergieanlagen müssen alle betroffenen Anliegen gewürdigt werden**, z.B. Abholzungen und zu geringe Abstände zu nahegelegener Wohnbebauung.
- Eine moderne Landwirtschaft mit nachhaltiger Zukunftsperspektive geht nicht ohne Artenvielfalt, und Artenvielfalt auch in Deutschland geht nicht ohne Landwirtschaft. Landwirte, Jäger, Fischer und Naturschützer sehen wir als **Partner**. Sie sollen daher **gemeinsam eine Lösung zum Erhalt der Biodiversität** finden. Zugleich setzen wir auf eine **moderne Landwirtschaft- und Umweltpolitik**, die einen **verantwortungsvollen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen wie Wasser, Luft und Wald** schafft, u.a. durch die **flächendeckende Nutzung neuer digitaler Technologien**, welche die **Verzahnung von Wertschöpfungsketten verbessern, Ressourcenverbrauch optimieren** und somit die Entwicklung einer **Kreislaufwirtschaft** fördern können.
- Digitalisierung, Globalisierung, demografischer Wandel und Klimawandel greifen ineinander, auch in ihren Innovationspotenzialen. Daher fordern wir einen **marktwirtschaftlichen, technologieoffenen** Ansatz, **massive Investitionen in Innovation und Forschung** und eine **Vorreiterrolle Deutschlands und Europas bei der Künstlichen Intelligenz**. Hier passiert aktuell noch viel zu wenig. Auch fordern wir eine europäische **Digital- und Datenunion** auf Basis der Sozialen Marktwirtschaft, heimischen Speicher- und Rechenkapazitäten, hochwertiger digitaler Bildung sowie eine eigene deutsche Blockchain-Infrastruktur.
- Alle neuen Maßnahmen müssen die spezifische Situation der deutschen Wirtschaft, insbesondere der **KMU**, berücksichtigen. **Der European Green Deal bietet vielfältiges Potential für die heimische Wirtschaft zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit**. Wo allerdings Maßnahmen die Leistungsfähigkeit der Unternehmen einschränken würden, müssen im Sinne von Maß und Mitte ob und wie der staatlichen Vorgaben sorgfältig abgewogen werden. Ambitionierte Klimaziele können nur erreicht werden, wenn sie **breiten Rückhalt in der Bevölkerung** finden. Allen Bürgern soll die Möglichkeit einer klimabewussten Lebensweise offenstehen, unabhängig vom Einkommen. In einer sozialen Marktwirtschaft sind **gezielte Information über und Anreize für nachhaltigem Konsum** der beste Weg dafür.
- **Die CDU bekennt sich zur Nachhaltigkeit internationaler Lieferketten**, gerade auch im Hinblick auf **Menschenrechte, Beschäftigung, Wachstum, Umwelt, Klima und Entwicklung**. Das deutsche Lieferkettengesetz und die in Vorbereitung befindliche EU-Lieferkettenrichtlinie sind von der an sich begrüßenswerten Idee getragen, zu diesem Ziel beizutragen. Legitime Bedenken aus der mittelständischen Wirtschaft müssen allerdings angemessen berücksichtigt werden. Bei der legislativen Umsetzung muss sichergestellt werden, dass Unternehmen nur für Sachverhalte

haftbar gemacht werden können, die sie sich fairerweise zurechnen lassen müssen. Mit einer Verengung des Lieferantenspektrums auf wenige Zulieferer aus wenigen Ländern wäre niemandem gedient; negative Folgen für die nachhaltige Entwicklung in anderen Geographien und den dortigen Unternehmen müssen vermieden werden.

- **Höhere Wettbewerbsfähigkeit und effektiver Klimaschutz lassen sich nur dann erreichen, wenn die hierfür getroffenen Maßnahmen zugleich den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.** Die CDU bekennt sich zur **Sozialpartnerschaft** und **fairen, wettbewerbsfähigen Löhnen und Gehältern**. Diese sollten i.d.R. von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ausgehandelt werden, die mit den Gegebenheiten ihrer Branchen am besten vertraut sind. In Branchen, in denen eine Tarifautonomie nur schwer umsetzbar ist, garantiert der gesetzliche Mindestlohn eine faire Entlohnung.